

Forderungen an die Stadt Heidelberg



Die Klimakrise schreitet immer schneller voran und lässt uns nur noch ein kurzes Zeitfenster zum Handeln. Laut Weltklimarat bleibt uns nur noch bis 2030 Zeit, die Klimakrise aufzuhalten. Binnen einer Dekade müssen die weltweiten Treibhausgas-Emissionen halbiert werden.

Die Stadt Heidelberg hat sich im Rahmen des "Masterplan 100 % Klimaschutz" das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 95% der CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 einzusparen. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Die aktuellsten Zahlen - die aus dem Jahr 2015 stammen - sprechen von einem nur 8%-igen Rückgang der CO₂-Emissionen relativ zu 1987^[1].

Auch laut ifeu-Gutachten "Konzept für den Masterplan 100 % Klimaschutz für die Stadt Heidelberg" ist nicht damit zu rechnen, dass Heidelberg seine Reduktionsziele bei Umsetzung der bislang angedachten Klimaschutz-Maßnahmen erreichen wird. Je nach angenommenen Zukunftsszenario werden die Treibhausgasemissionen bis 2050 nur um 50-80% zurückgehen^[2].

Die Ziele der Stadt Heidelberg sind also nicht ausreichend, um den notwendigen Beitrag zum Aufhalten der Klimakrise zu leisten. Und sogar diese wenig ambitionierten Ziele droht die Stadt bei weitem zu verfehlen. Deshalb muss die Heidelberger Politik jetzt handeln! Wir fordern die Stadt Heidelberg daher auf, dem Klimaschutz auf kommunalpolitischer Ebene endlich den Stellenwert zukommen zu lassen, den er einnehmen muss, um die Heidelberger Klimaschutzziele zu erreichen.

Unsere Forderungen lauten:

Ausrichtung des politischen Handelns am 1,5-Grad-Ziel:

- Die Stadt Heidelberg muss die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens als zentrales Ziel ihres gesamten politischen Handelns anerkennen.
- Die Klimaschutzziele der Stadt Heidelberg müssen wissenschaftlich auf ihre Vereinbarkeit mit dem 1,5-Grad-Ziel überprüft werden. Sollten sie mit dem 1,5-Grad-Ziel unvereinbar sein, so muss die Stadt ihre Klimaschutzziele anpassen, sodass das 1,5-Grad-Ziel eingehalten werden kann. Als Leitbild können hierbei die bundesweiten Forderungen von Fridays for Future, besonders „Nettonull ab 2035“ dienen.

Transparenz und Konkretisierung der Klimaschutzvorhaben:

- Die Stadt Heidelberg soll für die sieben im ifeu-Gutachten benannten Handlungsfelder konkrete THG-Emissionsreduktionsziele im Fünf-Jahres-Rhythmus ab 2025 aufstellen.
- Für die THG-Emissionsreduktionsziele für die Jahre 2025 und 2030 sollen für alle Handlungsfelder konkrete Maßnahmen, mit denen die Ziele nach wissenschaftlicher Bewertung erreicht werden können, formuliert werden.
- Die Stadt Heidelberg soll in regelmäßigen Abständen - jedoch mindestens alle 3 Jahre - eine Evaluation ihrer Klimaschutzmaßnahmen vornehmen. Dabei sollen die THG-Reduktionen durch die seit der letzten Evaluation eingesetzten Maßnahmen auf wissenschaftlicher Basis quantifiziert werden. Die Evaluationen sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Verantwortung für zukünftige Generationen übernehmen:

- Das Amt einer Ombudsperson für zukünftige Generationen soll geschaffen werden. Diese Person soll bei den Entscheidungen des Gemeinderates die Auswirkungen auf zukünftige Generationen – in Kooperation mit einem wissenschaftlichen Beirat – einschätzen und bei

begründeter Annahme eines Schadens für zukünftige Generationen die Beschlüsse des Gemeinderates mit einem Vetorecht unterbinden können. Ferner soll sie ein Initiativrecht erhalten, Anträge in den Gemeinderat einzubringen.

Verkehrswende vorantreiben:

- Die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs muss deutlich erhöht werden. Hierfür ist dieser stark zu vergünstigen. Heidelberg kann sich hier an anderen Kommunen, wie Bonn, das ein "Klimaticket" einführt oder Tübingen, das eine kostenlose ÖPNV-Nutzung an Samstagen realisiert hat. Außerdem muss die Fahrtfrequenz des ÖPNV erhöht werden und ihm im Straßenverkehrsmanagement eine höhere Priorität eingeräumt werden, wodurch sich die Fahrtzeiten verkürzen würden.
- Die Attraktivität des Radfahrens in Heidelberg muss weiter erhöht werden. Dem Fahrrad als wichtigstem Verkehrsmittel in Heidelberg muss mehr Platz im Straßenraum eingeräumt werden. Ein Ausbau der Radinfrastruktur (Radwege, Markierungslösungen, Radschnellwege u.a.) ist dafür notwendig. Außerdem sollte die Fahrradinfrastruktur, wie öffentliche Aufpumpstationen und Duschen in öffentlichen Gebäuden ausgebaut werden.
- Die Subventionierung des Individualverkehrs soll zurückgefahren werden. Parkplätze für PKW im öffentlichen Raum nehmen große Flächen ein, die dadurch für andere Nutzungen verloren gehen. Daher sollen reelle Parkkosten, die dem Preis des wirklich verbrauchten städtischen Raumes entsprechen, eingeführt werden.
- Bei der Entwicklung der auf den Konversionsflächen entstehenden Stadtteile, insbesondere des Patrick-Henry-Village, sollen autofreie Quartiere in Betracht gezogen werden und eine Einfahrt nur mit emissionsfreien PKW möglich sein.

Bauen und Sanieren im Zeichen des Klimaschutzes:

- Die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz Heidelberg soll die ihr gehörenden Wohnungen energetisch sanieren. Dabei ist auf eine moderate und sozial verträgliche Entwicklung der Mieten zu achten.
- Bei Baugenehmigungen soll verstärkt die Perspektive Klimaschutz betrachtet werden. Neben Standards, die einen niedrigen Energieverbrauch garantieren, soll auch die Erzeugung von Energie - beispielsweise durch Photovoltaik-Anlagen - zur Pflicht werden.
- Die Stadt Heidelberg soll die energetische Sanierung von Häusern in Privatbesitz durch den Ausbau von Beratungsangeboten stärker fördern.
- Bei der verbleibenden Entwicklung der Konversionsflächen, insbesondere der Siedlung Patrick-Henry-Village, soll Wohnraum in der Stadt geschaffen werden, statt den Pendlerverkehr weiter zu forcieren. Daher soll stets mehr Wohn- als Arbeitsraum geschaffen werden.

Treibhausgas-Emissionen für Energie und Wärme reduzieren:

- Der Bezug von Fernwärme aus dem Großkraftwerk Mannheim, in dem Steinkohle verfeuert wird, soll mit dem Auslaufen der derzeitigen Bezugsverträge im Jahr 2023 enden.
- Die Stadt soll eine verstärkte Solarthermie- und Photovoltaik-Offensive in Heidelberg initiieren.
- Andere Formen der regenerativen Energiegewinnung in Heidelberg sollen untersucht und ausgebaut werden. Die Nutzung von Geothermie sollte durch Gutachten eruiert und bei positiver Gutachtenlage begonnen werden. Der Untersuchung der Nutzung von Windenergie soll eine hohe Priorität zukommen, mögliche Standorte sollen zeitnah ausgewiesen werden.

Angesichts des großen Potentials von Windenergie für Kommunen in Baden-Württemberg, das sich am Beispiel Tübingen zeigt, soll Heidelberg einen deutlichen Ausbau der Windenergie vorantreiben.

Bedingungen für den privaten Konsum strukturell anpassen:

- In öffentlichen Kantinen soll die regionale, saisonale und pflanzliche Ernährung verstärkt gefördert werden. Bei mehreren Hauptgerichten soll es mindestens so viele vegetarische und vegane Hauptgerichte geben wie Fleischgerichte. Die Einführung eines Klima-Tags ist zu überlegen.
- Plastik verschmutzt nicht nur unsere Umwelt, sondern setzt bei seinem Zerfall auch das besonders klimaschädliche Treibhausgas Methan frei. Die Stadt Heidelberg soll daher dem Beispiel Tübingens folgen und eine kommunale Steuer auf Einwegplastikprodukte, die nicht von den dualen Systemen erfasst werden, einführen.

Fridays for Future Heidelberg

Weiterführende Links:

[1] https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1374681771/heidelberg/Objektdatenbank/31/PDF/Energie%20und%20Klimaschutz/31_pdf_masterplan_CO2_Bilanz_und_Klimaschutzevaluation_2017.pdf

[2] https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-656386139/heidelberg/Objektdatenbank/31/PDF/Energie%20und%20Klimaschutz/31_pdf_Masterplan%20Bericht%20und%20Maßnahmen.pdf